

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Peter Felser, Stephan Protschka, Frank Rinck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/8743 –**

Forschung zur technologischen Nutzbarkeit von Laubböhlzern jetzt erforderlich

A. Problem

Es bestehen gemäß der Fraktion der AfD mit Verweis auf den Abschlussbericht „Stärkung der Wald- und Holzforchung in Deutschland“, einer vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit Beteiligung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) eingesetzten Arbeitsgruppe, erhebliche Kenntnisdefizite beim Bauen mit Holz in der Umsetzung, zum Einsatz unterschiedlicher Holzarten und -qualitäten und zur Entwicklung innovativer Bauprodukte. Die deutsche Forst- und Holzforchung muss nach Auffassung der Antragsteller jetzt dringlicher denn je verstärkt werden, um auf die sich ändernden Bedingungen reagieren zu können.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung (in Bezug auf die wald- und holzbezogene Forchung in Deutschland) insbesondere aufgefordert werden, Forschungsstrategien gemeinsam zu entwickeln, Forschungsinfrastrukturen langfristig nutzbar zu machen sowie die weitere Forschungsförderung auf die Forschungsstrategien und die Infrastrukturen abzustimmen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/8743 abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2023

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Hermann Färber
Vorsitzender und Berichterstatter

Isabel Mackensen-Geis
Berichterstatterin

Niklas Wagener
Berichterstatter

Karlheinz Busen
Berichterstatter

Peter Felser
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Isabel Mackensen-Geis, Hermann Färber, Niklas Wagener, Karlheinz Busen, Peter Felser und Ina Latendorf

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 128. Sitzung am 12. Oktober 2023 den Antrag auf **Drucksache 20/8743** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Fraktion der AfD legt dar, dass die Bundesregierung gemäß ihrer 2021 veröffentlichten „Waldstrategie 2050“ plant, die Wälder in Deutschland mit ihren vielfältigen Ökosystemleistungen für den einzelnen Menschen und die Gesellschaft, die Natur sowie die Wirtschaft zu erhalten und an die sich weiter ändernden klimatischen Bedingungen anzupassen. Die Forstwirtschaft muss gemäß der Antragsteller in wesentlich längeren Zeiträumen planen und handeln als die meisten anderen Wirtschaftszweige. Für den Erhalt der Wirtschaftlichkeit der Forstbetriebe ist es aus Sicht der Fraktion der AfD unabdingbar, für jeden Waldbesitzer den Anbau eines vielfältigen Baumartenspektrums bei der Wiederaufforstung von Schad- und Kahlf lächen zu ermöglichen. Sie weist darauf hin, dass hierbei die Bundesregierung zunächst auf überwiegend standortheimische Baumarten setzt.

Da aus Sicht der Antragsteller zukünftig nicht abgeschätzt werden kann, welche Baumarten in welchen Dimensionen und Vorräten vorhanden sein werden, muss für sie zwingend auch in die Technologieforschung investiert werden. Um die angekündigte (bzw. vom Bundeskabinett im Sommer 2023 verabschiedete) Holzbauinitiative der Bundesregierung zeitnah umzusetzen, sollte nach Auffassung der Fraktion der AfD auf die mehrstufige industrielle Nutzung und eine energetische Nachnutzung der regenerativen Rohstoffe gesetzt werden. Die Wiederaufbereitung von Resthölzern und Altmöbeln ist für sie eine weitere Chance.

Die Antragsteller erklären mit Verweis auf eine Online-Informationsplattform eines Architekturmagazins sowie einer zu den Themen Dach- und Holzbau, dass bei der alternativen Verwendung von Buche – als bedeutendste Laubholzart in Deutschland – als Brettschichtholz/Brettsperrholz für weit spannende Tragwerke und für große Querschnitte bisher nur selten Verwendung besteht sowie derzeit von den 16 Landesbauordnungen der Bundesländer sechs den mehrgeschossigen Holzbau ermöglichen.

Es bestehen gemäß der Fraktion der AfD mit Verweis auf den Abschlussbericht „Stärkung der Wald- und Holzforschung in Deutschland“, einer vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) mit Beteiligung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) eingesetzten Arbeitsgruppe, erhebliche Kenntnisdefizite beim Bauen mit Holz in der Umsetzung, zum Einsatz unterschiedlicher Holzarten und -qualitäten und zur Entwicklung innovativer Bauprodukte. Die deutsche Forst- und Holzforschung muss nach Auffassung der Antragsteller jetzt dringlicher denn je verstärkt werden, um auf die sich ändernden Bedingungen reagieren zu können.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD soll die Bundesregierung (in Bezug auf die wald- und holzbezogene Forschung in Deutschland) insbesondere aufgefordert werden,

1. Forschungsstrategien gemeinsam zu entwickeln;
2. Forschungsinfrastrukturen langfristig nutzbar zu machen;
3. weitere Forschungsförderung auf die Forschungsstrategien und die Infrastrukturen abzustimmen;
4. die Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Disziplinen zu verstärken;

5. den Fokus der Forschung auf ressourcenschonende Verfahren zur Konversion von Holz und die Entwicklung innovativer Produkte zu legen;
6. die länderbezogenen Bauordnungen zu vereinheitlichen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 53. Sitzung am 8. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/8743 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 59. Sitzung am 8. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/8743 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 56. Sitzung am 8. November 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/8743 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 20/8743 in seiner 48. Sitzung am 8. November 2023 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** bemerkte, es sei schon spannend, dass die Fraktion der AfD ihren Antrag rund zwei Wochen vor der Veröffentlichung der Holzbaustrategie der Bundesregierung am 21. Juni 2023, die bekanntermaßen im Koalitionsvertrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP (für die 20. Wahlperiode) festgeschrieben worden sei, beschlossen habe. Es handele sich um ein wichtiges Thema, denn durch den Waldumbau zu klimastabilen Mischwäldern werde in Zukunft die Laubholzverfügbarkeit zunehmen. Es existiere schon heute ein Anteil von 45 Prozent an Laubbäumen, vor allen Dingen Buchen und Eichen, in den deutschen Wäldern. Es würden jetzt noch andere Laubbaumarten dazukommen. Ausgegangen werde davon, dass Ahorn, Birke, Erle, Linde oder Hainbuche in den Wäldern verstärkt zunehmen werden. Dabei sei es wichtig, zu schauen, wie mit diesen Hölzern zukünftig umgegangen werde, weil Holz ein wichtiger Wirtschaftsfaktor sei. Deshalb sei die Grundlage für die Holzbauintiative die Frage, wie das aus den verschiedenen Laubbäumen gewonnene Holz sinnvoll, u. a. beim Holzbau, eingesetzt werden könne. Der Bundesregierung sei in diesem Zusammenhang die Frage zu stellen, wie der aktuelle Stand des Dialogs zur Umsetzung der Holzbauintiative sei. Von Seiten der Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe (FNR) gebe es schon viele Projekte zu den Themen, die im Antrag der Fraktion der AfD adressiert worden seien, z. B. zur Verbesserung der stofflichen Holznutzung durch Einsatz von Hyperspektralanalyse oder das Verbundvorhaben „Holzbausystemlösungen für die Mehrgeschossigkeit“. Die Aufstockung von Gebäuden unter Verwendung von Holz als Ergänzung zum Neubau sei eine Grundlage, die verstärkt in den Fokus für die Frage des bezahlbaren Wohnraumes genommen werden müsse. Der Antrag der Fraktion der AfD werde abgelehnt, weil die in ihm genannten Punkte weitestgehend erledigt seien bzw. sich in der Umsetzung befänden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** äußerte, die Fraktion der AfD stelle in ihrem Antrag fest, dass der Forstwirtschaft für die Wiederaufforstung ein reiches Baumartenspektrum zur Verfügung stehen müsse und zur Umsetzung der Holzbauintiative eine mehrstufige industrielle Nutzung und energetische Nachnutzung der regenerativen Rohstoffe notwendig sei. Diesen Aussagen könne die Fraktion der CDU/CSU zustimmen. Allerdings widerspreche die Fraktion der CDU/CSU der Schlussfolgerung im Antrag der Fraktion der AfD, dass erhebliche Kenntnisdefizite beim Bauen mit Holz in der Umsetzung bestehen würden. Die Fraktion der AfD untermauere diese Feststellung in ihrem Antrag mit dem Verweis auf den Abschlussbericht einer Arbeitsgruppe, die vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV), dem Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) sowie dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) eingesetzt worden sei und aus 16 Teilnehmern verschiedener Institute und Universitäten aus den Fachbereichen der

Wald- und Holzforschung bestanden habe. Doch genau der Abschlussbericht dieser Arbeitsgruppe komme zu einem ganz anderen Schluss. Er spreche davon, dass die Wald- und Holzforschung in Deutschland bisher als insgesamt leistungsfähig eingeschätzt werde. Die Arbeitsgruppe habe auch Empfehlungen für eine verbesserte Wald- und Holzforschung abgegeben, zumal sie zu diesem Zweck eingesetzt worden sei. Zur Umsetzung dieser Empfehlungen brauche es aus Sicht der Fraktion der CDU/CSU nicht den Antrag der Fraktion der AfD, der in vielen Punkten, z. B. in Punkt drei, vier, acht und neun, mehr oder minder lediglich eine verstärkte Zusammenarbeit fordere. Doch allein das Johann Heinrich von Thünen-Institut (Thünen-Institut) kooperiere mit mehr als 500 universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen weltweit, engagiere sich in der Nachwuchsförderung und publiziere seine Forschungsergebnisse. Die Fraktion der CDU/CSU sei sich sicher, dass die anderen Institute, Universitäten und Zentren nicht anders bei ihren Forschungsvorhaben vögingen. Deshalb halte die Fraktion der CDU/CSU den Antrag der Fraktion der AfD für entbehrlich und lehne ihn ab.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wies darauf hin, sie könne sich den Ausführungen der Fraktionen der SPD und FDP anschließen. Aufgrund des Waldumbaus werde Deutschland es in den kommenden Jahren bzw. Jahrzehnten mit einem stärker anwachsenden Laubholzsortiment zu tun haben. Deswegen sei es wichtig, dass die Politik die Wissenschaft in diesem Bereich der Forschung stärke, was längst von Seiten u. a. des Bundes getan werde. Die Bundesregierung setze mit dem Dialogprozess „Charta für Holz 2.0“ bereits wichtige Beschlüsse beim Thema Holz um. Hierbei arbeiteten Bund, Länder, Wirtschaft und Wissenschaft eng zusammen. Die vom Bundeskabinett im Juni 2023 verabschiedete Holzbauinitiative sei bereits von anderen Fraktionen angesprochen worden. Hinzuweisen sei zudem darauf, dass es viel Forschung zum Thema Laubhölzer in Deutschland, z. B. an der Technischen Universität München am Lehrstuhl für Holzwissenschaft, gebe. Auch der Bund übernehme hier seine Verantwortung, indem er über die FNR bzw. über das BMEL als deren Projektträgerin und über das BMUV neue Maßnahmen entsprechend fördere und unterstütze. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tausche sich regelmäßig in Gesprächen mit den Fachverbänden zu verschiedenen Themen aus. Sie hoffe, dass die nationale Biomassestrategie der Bundesregierung, auf die derzeit gewartet werde, in Richtung der Frage der nachhaltigen Nutzung von Biomasse aus der Waldwirtschaft, weiterdenke und entsprechend Konzepte fortschreibe. Fakt sei, dass auch im Wald der Zukunft nicht nur Laubhölzer stehen würden. Es gebe schon heute Zimmerermeister, die wunderbar mit der Weißtanne und anderen Nadelhölzern arbeiteten. An vielen Stellen müssten die Fichte und die Kiefer durch Laubhölzer, aber nicht nur, ersetzt werden. Das bedeute, es dürfe auch weiterhin mit Nadelholz, gerade im Bausektor, gerechnet werden. An anderer Stelle müsse dort, wo verstärkt mit Laubhölzer gerechnet werden könne, die Wissenschaft und die Forschung gestärkt werden, damit Laubholz im Baubereich, im Dämmbereich usw. eingesetzt werden könne. Es gebe schon Unternehmer, die in diesem Bereich voranschritten und sehr innovative Produkte entwickelten. Das unterstütze die Koalition aus den Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bereits. Dafür brauche es keinen Antrag der Fraktion der AfD.

Die **Fraktion der FDP** merkte an, der Antrag der Fraktion der AfD ziele auf mehr Forschung im Bereich Wald und Holz ab. Die Fraktion der AfD spreche in ihrem Antrag davon, dass Forschungsstrategien gemeinsam entwickelt werden sollen. Hierbei frage sich die Fraktion der FDP, mit wem diese Forschungsstrategien gemeinsam entwickelt werden sollten. Zudem wolle die Fraktion der AfD laut ihres Antrages Forschungsinfrastruktur langfristig nutzbar machen. Da stelle sich wiederum für die Fraktion der FDP die Frage, was mit Forschungsinfrastruktur gemeint sei. Die Fraktion der AfD verkenne, dass das Grundrecht auf Forschung kein „Spielball“ der Politik sein sollte. Darunter falle nicht nur die Verbreitung von Forschungsergebnissen, sondern die Forschungsfreiheit sei im Grundgesetz abgesichert. Wer generell die Forschung in eine Richtung lenken möchte, hätte das Grundrecht der Forschungsfreiheit an sich nicht richtig verstanden. Was den Umgang mit Brettschichtholz beim Bauen angehe, gebe die Fraktion der FDP der Fraktion der AfD insofern Recht, dass Brettschichtholz schon mehr als 50 Jahre als Baumaterial verwendet werde. Der Berichterstatter der Fraktion der FDP hätte früher als Statiker bereits in den 1970er Jahren gerechnet, dass mit Brettschichtholz riesige Spannweiten realisiert werden könnten. Die Forschung im Holzbau sei diesbezüglich mittlerweile so weit, auch in der Frage der Statik, dass es derzeit keinen akuten Forschungsbedarf gebe, wie er von der Fraktion der AfD gesehen werde. Es könnten schon heute neue Brettschichtholzträger entwickelt werden, unabhängig davon, ob das mit Buche, Tanne oder mit Ersatzholz geschehe. Da lasse sich Vieles machen.

Die **Fraktion der AfD** betonte, ihr gehe es in ihrem Antrag um die Forschung zur technologischen Nutzbarkeit von Laubhölzern. Wenn die Politik es ernst damit meine, dass sie auch in Zukunft die Wälder klimastabil und klimaresistent halten wolle und sie für Wetterextreme jeglicher Art gerüstet sehen wolle, dann müsse von ihr beim Wald in längeren Zeiträumen geplant werden. Das sei hoffentlich jedem klar. Für den Erhalt der Wirtschaftlichkeit der Forstbetriebe sei es unabdingbar, jedem Waldbesitzer den Anbau eines vielfältigen Baumartenspektrums anzubieten und ihm zu beraten. Da sei aus Sicht der Fraktion der AfD noch viel Forschungsarbeit notwendig. Heute werde noch nicht gewusst, was in 20, 40, 60 Jahren womöglich an Baumarten notwendig sein werde. Dazu müsse noch bzw. mehr geforscht werden. Die zweite derzeitige „Baustelle“ sei die Holzbauinitiative der Bundesregierung. Bei ihr werde nicht vorangekommen, weil Vieles technisch noch nicht klar sei. Auch bei der alternativen Verwendung der Buche, der bedeutendsten heimischen Laubholzart, als Brettschichtholz und Brettspertholz für u. a. weit spannende Tragwerke bestehe großer Forschungsbedarf. Alle Fraktionen seien bekanntlich dafür, dass bundesweit mehr mit Holz gebaut werde. Allerdings ermöglichten bedauerlicherweise noch immer nicht alle Landesbauordnungen derzeit den mehrgeschossigen Holzbau. An dieses Problem sollte herangegangen werden, zumal noch erhebliche Kenntnisdefizite über den Bau mit Holz insgesamt bestünden. Wenn in diesem Bereich die Forschung ausgeweitet werde, sei Deutschland sicherlich in fünf oder acht Jahren wesentlich weiter als heute. Die Wald- und Holzforschung müsse deshalb dringend verstärkt werden, um auf die sich ändernden Bedingungen in den Wäldern reagieren zu können.

Die **Bundesregierung** erklärte, bei der im Juni 2023 von Bundeskabinett verabschiedeten Holzbauinitiative würden Forschung, Innovation und Wissenstransfer als wichtige Handlungsfelder und Bausteine adressiert. Die Bundesregierung sei gerade dabei, mit verschiedenen Akteuren, d. h. unter Einbeziehung von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden, den sog. Runden Tisch zur Holzbauinitiative zu gründen. Ein erster Baustein wäre am 10. Oktober 2023 eine große gemeinsame Dialogveranstaltung zum Thema „Charta für Holz 2.0 im Dialog zur Holzbauinitiative der Bundesregierung“ des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen (BMWSB) und des BMEL in Berlin mit über 300 Teilnehmenden gewesen, die ein Startpunkt gewesen wäre, um den Prozess der Holzbauinitiative „ins Gleis“ zu bringen. Das im Ausschuss angesprochene Thema Bauordnungsrecht falle in der Zuständigkeit der Länder.

2. Abstimmungsergebnis

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/8743 abzulehnen.

Berlin, den 8. November 2023

Isabel Mackensen-Geis*
Berichterstatlerin

Hermann Färber*
Berichterstatter

Niklas Wagener
Berichterstatter

Karlheinz Busen
Berichterstatter

Peter Felser
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatlerin

* Offenlegung gemäß § 49 des Abgeordnetengesetzes (AbgG): Isabel Mackensen-Geis erklärte, dass sie ein unentgeltliches Ehrenamt im Vorstand des fachlichen Beirates des Fachagentur für nachwachsende Rohstoffe e. V. (FNR) wahrnehme, Vorsitzende des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) sei sowie als Beisitzerin des Bundesvorstandes der SDW tätig sei.

* Offenlegung gemäß § 49 des Abgeordnetengesetzes (AbgG): Hermann Färber erklärte, dass er Waldbesitzer und Beiratsmitglied im Kreisverband der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) in seinem Wahlkreis sei.

